

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/131

15. Juli 1974

Strauß übt die Strategie der totalen Opposition

-----  
Der CDU-"Ruf von München" und sein Echo in Würzburg

Von Bruno Friedrich (Würzburg) MdB  
Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied  
des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Die Dressurpeitsche des F.J.Strauß

-----  
CDU-Führung baute in München gehorsam Männchen

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 / 34 Zeilen

Auf Kosten der Schwachen

-----  
Zur Ablehnung des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes im Bundesrat

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Justiz

Seite 4 und 5 / 68 Zeilen

Kein demokratisches Vakuum

-----  
Ein Plädoyer für den mündigen Sportler

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 56 Zeilen

Strauß übt die Strategie der totalen Opposition

Der CSU-"Ruf von München" und sein Echo in Würzburg

Von Bruno Friedrich (Würzburg) MdB

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied des SPD-Vorstandes

Das Wochenende brachte der Bundesrepublik zwei bayrische Ereignisse: den CSU-Parteitag in München und die Oberbürgermeisterwahlen von Würzburg. Der (CSU-) "Ruf von München" sollte zum Sammeln weniger für die Landtagswahlen in Bayern, mehr für die Bundestagswahlen 1976 in Bonn blasen. In der Tat, die Fähigkeit des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu barocker Entfaltung ist für die bayrische CSU ein unversiegbarer Kraftquell. Doch wie weit reicht die "Tankfüllung" von München, und wohin geht die Fahrt? Die Kaskaden starker Strauß-Worte sind vor dieser Frage eher Tapeten, die verhüllen, als ein erklärendes Grundmuster. Was Strauß in München wollte, ist wichtiger als das, was er sagte. Der CSU-Parteitag von diesem Wochenende ist mehr für die CDU als für die CSU von Bedeutung; man wird ihn im Hinblick auf 1976 als Entscheidung zur totalen Opposition bewerten müssen.

In den letzten Wochen waren in einflußreichen Gruppen der CDU Zweifel aufgebrochen, ob die Strategie der Opposition um jeden Preis im Bundestag und Bundesrat, ob der Gang nach Karlsruhe bei jeder Gelegenheit erfolgreich sein kann. Strauß hat sich am Wochenende gegenüber der CDU mit der Auffassung durchgesetzt, daß noch mehr Konfrontation, noch mehr Polarisierung, nötig sein werden, wenn die Union 1976 die Macht in Bonn zurückgewinnen will. Deshalb muß der "Ruf von München" als ein Manifest der totalen Opposition, als Ankündigung eines auf die Spitze getriebenen innenpolitischen Konflikts der Parteien gesehen werden. Strauß will den Angriff gegen Schmidt indirekt führen, indem er die SPD als Partei angreift und sie ideologisch verdächtigt.

Strauß sieht in dieser Strategie die einzige Chance für die Union, weil ihre personelle Alternative eines überzeugenden Kanzlerkandidaten fehlt. Der

eigens nach München angereiste CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl bekam Straußens Geringschätzung deutlich zu spüren. Das Druckmittel, die CDU für diese Strauß-Strategie gefügig zu machen, ist die in München aufrecht erhaltene Drohung, eine eigene, eine vierte Partei für das gesamte Bundesgebiet zu gründen. Mit den Landtagswahlen, mit Landespolitik hatte der CSU-Parteitag nichts zu tun. Die bayrischen Wähler des Jahres 1974 haben für Strauß ausschließlich instrumentalen Charakter für die Vorbereitung der Bundesentscheidung im Jahre 1976..

Die Strategie der totalen Opposition ist in sich logisch und konsequent. Die Oberbürgermeisterwahlen in der Bischofsstadt Würzburg sollten der Test dieser Strategie sein. Die CSU ist bei diesem Test gescheitert. Dabei hatte sie weiß Gott alle Kräfte mobilisiert. Eine Woche zuvor hatte Strauß vor 5.000 Menschen in einem Bierzelt die letzte Runde dieser Wahl eröffnet. Da 1968 der SPD/FDP-Kandidat Dr. Zeitler die Wahl mit 50,3 vH. gewonnen hatte, sah die Union die Chance des Wechsels; 0,4 vH. Zuwachs hätten genügt. Die CSU führte in Würzburg Wahlkampf, wie die CSU-Führung in der Lazarettstraße in München es empfahl: "Rote Ratten", "Marxisten heraus aus dem Rathaus", "Gegen Fristenlösung und Gnadentod", so die Parolen; dazu anonyme Gruppen, die sich als "Stadtvertretung der Katholiken Würzburgs" in Anzeigen bezeichneten und für den CSU-Kandidaten plädierten.

Viele Wähler waren von diesem Stil angewidert. In Würzburg hat die überzeugende Persönlichkeit und Leistung des Oberbürgermeisters, verbunden mit einer klar auf Godesberger Kurs liegenden Partei, der SPD den ersten sichtbaren Wählerfolg des Jahres 1974 gebracht; der Zuwachs betrug vier vH. Der "Ruf von München" hat die Mainlinie nicht erreicht; der Paukenschlag von Würzburg hat ihn übertönt.

(-/15.7.1974/ks/pr)

+ + +

### Die Dressurpeitsche des F.J. Strauß

---

CDU-Führung baute in München gehorchem Männchen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Unter dem Stichwort "Vierte Partei" bereitet der CSU-Vorsitzende der größeren Schwesterpartei seit Monaten schmerzhaft Wechselfäden. Trotz beschwörender Appelle aus der CDU-Spitze und gelegentlicher halber oder scheinbarer Dementis aus seinem eigenen Mund hat Franz Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag in München auf Fragen eines Delegierten die Möglichkeit bundesweiter Aktivität und organisatorischer sowie wahlpolitischer Präsenz der CSU völlig offengehalten. Er sprach dabei von bereits bestehenden Überlegungen, die auf die Mobilisierung aller potentiellen Wähler gegen die sozial-liberale Koalition abzielen. Konkret nannte Strauß in einem Zeitungs-Interview als Zielgruppe dieser Strategie "einen Wählerstamm, der konservativ ist, liberal und national, und der nicht unbedingt eine christliche Partei wählt."

Dieser kaum verbrämte Wink mit dem Zaunpfahl nach rechts außen ist zwar aufschlußreich, aber nicht der eigentliche Zweck der Planspiele um und für eine vierte bundesweite Partei unter Strauß. In Wirklichkeit möchte er für den Dressurakt, den er politisch und personell mit der CDU in verstärktem Maße zu veranstalten gedenkt, eine knallharte, treffsichere Peitsche in Reserve haben. Er will nicht nur den Kanzlerkandidaten, sondern auch den künftigen politischen Kurs der Opposition bestimmen oder - wie es nach dem CSU-Parteitag in München den deutlichen Anschein hat - sogar diktieren. Das genüssliche Erfolgserlebnis, den CDU-Vorsitzenden und den offiziellen Oppositionsführer im Bundestag vor seiner bayerischen Gefolgschaft dienerisch Tribut zollen und Männchen bauen zu sehen, genügt ihm noch nicht. Er will die CDU auch inhaltlich und hinsichtlich des Stils der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern fest in seinen Griff bekommen. Die Drohung mit der Konkurrenz um Wählerstimmen im ganzen Bundesgebiet ist der Hebel oder - besser gesagt - die Brechstange, mit der Strauß seinen persönlichen Macht-hunger befriedigen will.

Die Ernsthafteit und Entschlossenheit, mit der Franz Josef Strauß dieses geradezu erpresserische Manöver gegenüber der CDU weiterhin betreiben wird, geht aus dem Kommentar eines Strauß-Intimus im "Münchner Merkur" vom vergangenen Samstag hervor. Dort heißt es: "Der Mann, der die Unions-Parteien in beschwörender und fast ultimativer Form aufgerufen hat, sich der politischen Herausforderung zu stellen und die eigenen Überzeugungen hochzuhalten, wird die vierte Partei gründen, falls die Union nicht auf ihn hört."

(-/15.7.1974/ks/pr)

+ + +

Auf Kosten der Schwachen  
-----

Zur Ablehnung des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes im Bundesrat

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Am vergangenen Freitag hat die CDU/CSU mit ihrer Mehrheit von einer Stimme im Bundesrat nicht nur die Steuerreform abgelehnt, sondern auch erneut dem Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz - den begleitenden Maßnahmen zu § 218 - ihre Zustimmung verweigert. Dieser in seinen Auswirkungen eigentlich unerhörte Vorgang muß unter drei Aspekten gesehen werden.

1/ Das Strafrechtsreformergänzungsgesetz will bisher nicht gewährte Kassenleistungen an Versicherte - also Männer und Frauen - erbringen und darüberhinaus das Bundessozialhilfegesetz ändern, nämlich Armen zur kostenlosen Abgabe der Pille verhelfen; Versicherten die kostenlose Beratung über die Schwangerschaftsregelung und die kostenlose Rezeptur für schwangerschaftsregelnde Mittel - d.h., für den Fall, daß sie keine Kinder und für den Fall, daß sie Kinder wollen - ermöglichen; Versicherten die Sterilisation kostenlos gestatten und ihnen die Beratung über den Abbruch und den Abbruch selbst kostenfrei zur Verfügung stellen.

Wer danach dem Strafrechtsreformergänzungsgesetz seine Zustimmung versagt, verhindert direkte und indirekte Maßnahmen zum Schutz werdenden Lebens und zur Beseitigung der Not derer, die am ehesten unserer Unterstützung bedürfen. Verhindert indirekte Maßnahmen, weil sich sehr wahrscheinlich manche Schwangere aus Kostengründen den gesetzlich vorgeschriebenen Weg zur Beratung ersparen wird, um ihr Geld lieber gleich dem Abtreiber zu opfern. Dieser Zustand sollte eigentlich von keinem - auch nicht von den Kirchen - gewünscht werden. Daß diese Regelungen nicht in Kraft treten, hat allein die Union zu verantworten.

2/ Gegen das Inkrafttreten können verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gründe aus Artikel 2 Grundgesetz - Schutz des Lebens, wir meinen

auch Schutz des werdenden Lebens - nicht ins Feld geführt werden. Das Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz ist insoweit gewissermaßen in jedem Fall verfassungspositiv. Denn gleichgültig, welche Regelung zu § 218 gilt, der frühere Zustand, das aufgrund der Verfassungsgerichtsentscheidung einstweilig geltende Drei-Indikationenmodell oder die Fristenregelung: immer darf in bezug auf die Abbruchkosten nur der Abbruch von den Kassen bezahlt werden, der gesetzlich erlaubt ist. Was aber gesetzlich erlaubt ist, entscheidet allein das Bundesverfassungsgericht, d.h. mit anderen Worten, das Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz präjudiziert die Regelung des § 218 in keiner Weise. Wer im Bundesrat durch Blockieren des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes die Fristenregelung verhindern will, kämpft nicht nur am falschen Ort gegen das falsche Gesetz, der trägt dies auch noch auf dem Buckel der sozial Schwachen aus.

3/ Der Bundesrat ist wie der Bundestag ein Bundesorgan der Bundesgesetzgebung. Der Bundesrat ist aber nicht die zweite Instanz des Bundestages. Der Bundesrat hat vornehmlich das Föderativinteresse der Länder zu vertreten. Seine Mitglieder bestehen aus Vertretern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen können. Sie sind nicht vom Volk auf vier Jahre direkt gewählt. Demgemäß kann es nicht Sinn des Bundesrates sein, die Mehrheitsentscheidungen des Bundestages zugunsten der Minderheitsmeinung des Bundestages zu verkehren, d.h., die in der Minderheit gebliebene, im Bundestag sich wiederpiegelnde Volksmeinung auf Kosten der Mehrheit dominieren zu lassen.

Gewiß, der Vermittlungsausschuß hat widerstreitende Interessen auszugleichen zu versuchen. Aber im Grunde doch wohl nur solche zwischen Bundestag und Bundesrat. Nicht solche zwischen Bundestagsmehrheit und Bundestagsminderheit. Wer sich danach wie die Union dem Verdacht aussetzt, seine durch eine Stimme begründete Mehrheit im Bundesrat als Vehikel der Bundestagsminderheit zu gebrauchen, setzt sich zugleich dem Verdacht aus, seine Mehrheit gegen den Geist der Verfassung zu mißbrauchen. (-/15.7.1974/ks/pr)

+ + +

Kein demokratisches Vakuum

Ein Plädoyer für den mündigen Sportler

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Dem nüchternen Beobachter der Szenerie um die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 können Ähnlichkeiten zwischen den offenbar reglementierten Berufsfußballern aus der Bundesrepublik Deutschland und den politisch-ideologisch eingeeengten Staataprofis der DDR nicht entgangen sein. "Zucht und Ordnung", wie es ein Funktionär des Deutschen Fußballbundes formulierte, sind, so wird der Eindruck erweckt, immer noch Voraussetzungen für deutsche Sporterfolge. Die Tiefenwirkung fehlte ebenfalls nicht: Sechs Wochen Abkapselung auf Zwangszettel erinnern allenfalls an das Jungmännertum zu Turnvater Jahn's Zeiten. Nach dem Motto "Der Erfolg gibt Recht" können freilich die Verfechter der Enthaltsamkeit wenigstens einige Pluspunkte sammeln.

"Während jeder Schritt des Politikers mit peinlicher Genauigkeit verfolgt wird, wuchern die großen Sportorganisationen in einem nahezu kritiklosen Raum, und sie werden so lange ungestört und ungeschoren bleiben, bis wir den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang des Sports begreifen", kommentierte die "Süddeutsche Zeitung". Von den Betroffenen ließ allen voran der Spielführer der Weltmeistermannschaft, Franz Beckenbauer, unmittelbar im Anschluß an den WM-Sieg kräftig Dampf ab. Insgesamt kann man Kritik und Gegenkritik als ein Zeichen dafür ansehen, daß die demokratischen Möglichkeiten in vielen Bereichen des Sports eher noch gemieden als forciert werden.

Nach dem erklärten Willen der Sportfunktionäre üben die Spitzensportler eine Vorbildwirkung aus; deshalb muß das Plädoyer dem mündigen Sportler gelten. Mit seinen umfangreichen gesellschaftlichen Bezügen kann der Sport kein kritik- und diskussionsloser Raum sein. Unterschied-

liche Auffassungen über Wege und Möglichkeiten sollten deshalb auch nicht unbedingt mit negativen Akzenten belegt werden. Die SPD hat in den "Leitsätzen zur Sportförderung" sehr nachdrücklich die Bemühungen um eine Ausschöpfung der Vorteile einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung auch im organisierten Sport gefordert. Die Passage: "Alle Bemühungen zur weiteren Demokratisierung in Vereinen und Verbänden sind nachhaltig zu unterstützen", ist teilweise unbewußt oder mit Absicht als etwas interpretiert worden, vor dem sich der Sport gefälligst zu hüten habe. Dies ist sicherlich mehr eine Frage des Demokratieverständnisses als einer eng fixierten ideologischen Ausrichtung.

Besonders durch bedeutende Wertsportveranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland, den Olympischen Spielen 1972 und der Fußball-Weltmeisterschaft 1974, sind die Sportorganisationen stärker als zuvor in den Mittelpunkt der Diskussionen und Auseinandersetzungen um Aufgaben und Ziele in unserem Staat einbezogen. Dabei muß auch für den organisierten Sport gelten, daß das parlamentarische Mandat Vorrang vor den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hat. Was die künftigen Maßnahmen der Sportförderung angeht, so wurde in Bund, Ländern und Gemeinden ein Standard erreicht, auf den die Bundesrepublik Deutschland stolz sein kann.

Es ist fair, diese positive Entwicklung bei den Diskussionen zu würdigen, wie andererseits die SPD das Engagement und das erfolgreiche Wirken der Sportler und Mitarbeiter der Sportorganisationen voll anerkennt.

(-/15.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller